

Revolution und Konterrevolution in Nahost: Vom arabischen Frühling zum islamistischen Winter?

1. Die arabischen Revolten: Umbruch oder Kontinuität?

Der Jubel, mit dem die Revolten in Tunesien (Dezember 2010) und Ägypten (Januar 2011) begrüßt wurden, ließ die Beobachter perplex: Nicht nur, dass sie sich wie ein Lauffeuer über die gesamte arabische Welt ausbreiteten, der Westen ließ seine so verlässlichen und seit Jahrzehnten unterstützten diktatorischen Statthalter wie heiße Kartoffeln fallen: So erklärte der Sprecher des Weißen Hauses, Robert Gibbs, bereits am 31. Januar, dass „den legitimen Forderungen des ägyptischen Volkes nach Versammlungs- und Redefreiheit stattgegeben werden“ müsse.¹ Und Philip Crowley, Sprecher des US-Außenministeriums sagte bei einem Besuch in Algier am 18. Februar 2011: „Der Wandel ist notwendig. ... Wir haben nicht gezögert, die universellen Rechte des algerischen Volkes zu betonen. Wir haben dasselbe in Tunesien getan ... wir sind dabei, dasselbe in der ganzen Region zu tun. Wir ermutigen diesen Wechsel und wir wollen einen friedlichen Wandel.“² Auf einsamer Flur stand nur Frankreichs Außenministerin Michèle Alliot-Marie, die noch drei Tage vor dessen Flucht dem tunesischen Diktator Ben Ali französische Spezialkräfte zur Aufstandsbekämpfung anbot. Als dann allerdings bekannt wurde, dass sie auf Kosten des Trabelsi-Clans³ in Tunesien Urlaub zu machen pflegte, musste sie am 27. Februar 2011 zurücktreten.

Die westlichen Medien stimmten in den revolutionären Jubel ein und merkten offenbar nicht, dass sie damit zugleich das rassistische Paradigma vom „Kampf der Kulturen“ des Samuel P. Huntington zu Grabe trugen, der ja den Muslimen Demokratie-Unfähigkeit bescheinigt hatte und entscheidend zum Aufbau des

¹ <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=62636> [19-02-11].

² Interview mit der algerischen Tageszeitung Liberté, 19, Februar 2011.

³ Leila Trabelsi war die Ehefrau Ben Alis. Mit ihrem weitverzweigten Familienclan hatte sie nahezu die gesamte Wirtschaft des Landes unter Kontrolle gebracht und ausgeplündert. Eine ihrer letzten Großtaten war die Plünderung der tunesischen Zentralbank, aus der sie die Goldreserven des Landes (15 t) im Wert von 45 Mio. € raubte und ins Ausland fliegen ließ.

Feindbilds Islam beigetragen hatte, das dann durch die Anschläge des 11. September 2001 seine Bestätigung zu erfahren schien.⁴ Dieses aber taugt in der neuen Konstellation nicht mehr: Nicht zufällig plädiert nun der Direktor des EU-eigenen strategischen think tanks *Institute for Security Studies* für einen rationalen und kooperativen Umgang mit den in allen Ländern der Region als stärkste politische Kraft erscheinenden Islamisten.⁵

Es stellt sich die Frage, ob dieser Wandel in der Position des Westens einen radikalen Politikwechsel darstellt oder ob er nicht in subtiler Weise eine Kontinuität der US-amerikanischen und westlichen Außenpolitik ausdrückt und daher allenfalls als Strategiewechsel zu verstehen ist: Hatte nicht schon George W. Bush erklärt, er wolle den Mittleren Osten demokratisieren? Offiziell galten die Kriege in Irak und auch in Afghanistan diesem Ziel – auch wenn die wahren Gründe die Kontrolle des Öl- und Gasreichtums der Region waren.⁶ Die Kriege sind verloren, ihr Ergebnis sind zwei zerfallene Staaten. Zugleich signalisieren sie die demütigende Niederlage der einzigen nach Ende des Kalten Krieges verbliebenen Supermacht. Den Willen zu einem Politikwechsel gegenüber dem arabisch-islamischen Raum hatte Präsident Obama verbal schon in seiner Rede am 4. Juni 2009⁷ in Kairo zum Ausdruck gebracht, in der er ankündigte, die Beziehungen der USA und diesem Teil der Welt müssten hinfort gekennzeichnet sein „von gegenseitigem Respekt ... (und) den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Toleranz und der Würde aller Menschen.“

Diese Rede widerspricht diametral dem flammenden Appell des neokonservativen Kolumnisten der *Washington Post* Charles Krauthammer, der am Ende der Bipolarität die US-Politik zur Wahrnehmung einer einzigartigen Chance aufgerufen hatte; „Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit ist Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham (*unshamed*) die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie auch durchzusetzen“.⁸ Dieser Augenblick scheint endgültig Vergangenheit zu sein. Zwar blieb der Appell des Friedensnobelpreisträgers 2009 in Kairo für eine gerechte Lösung des israelisch-

⁴ Ruf, Werner : Die NATO und das Feindbild Islam. In: INAMO Nr. 68, Winter 2011, S. 9 – 12

⁵ Vasconcelos, Alvaro de: *Listening to unfamiliar Voices. The Arab Democratic Wave.* Paris 2012.

⁶ Ruf, Werner: Afghanistan im Fadenkreuz der Geostrategie; in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 176 (1/2010), pp. 32 – 37.

⁷ <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-cairo-university-6-04-09> [04-03-12]

⁸ Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment; in: *Foreign Affairs*, 1/1991, S. 23.

palästinensischen Konflikts folgenlos, dennoch stellt ein Signal dar: Obama benutzte in seiner Rede mehrfach das Wort „Würde“. Sie war zugleich die Anerkennung der gescheiterten Politik seines Amtsvorgängers: Zwei Kriege haben die USA verloren, anti-amerikanische Ressentiments in der Region waren noch nie so groß. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch die militärischen Kapazitäten der Führungsmacht zu erodieren begonnen: Aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten mussten die USA aus dem weltweit geplanten Anti-Raketen-Programm, dem einzigen transatlantischen Rüstungsprojekt MEADS (*Medium Extended Air Defense System*) aussteigen;⁹ erstmalig seit zehn Jahrzehnten wächst der Militär-Etat nicht mehr, sondern muss – wenn auch geringe – Kürzungen hinnehmen; in ihrer jüngsten Nationalen Sicherheitsstrategie (Mai 2010)¹⁰ fordern die USA die Übernahme von Kosten für die Verteidigung durch ihre Partner und verlagern ihre verteidigungspolitischen Prioritäten in den.

Jenseits ihrer Rhetorik waren die USA diskret auf die Schaffung von Kontinuität bedacht: Der öffentliche Applaus für die Revolten wurde begleitet von engen Kontakten zwischen den USA und der jeweiligen Militärführung in Tunesien und Ägypten: Der Oberkommandierende der tunesischen Armee, Rachid Ammar, besuchte mehrfach die US-Botschaft in Tunis, bevor er seinem Präsidenten den Schießbefehl verweigerte. Und sein ägyptischer Amtskollege Sami Anan weilte auf dem Höhepunkt der Krise mehrere Tage in Washington:¹¹ Das Militär beider Länder wurde so zum Garanten der Kontinuität, während die verhassten Symbole der Macht, Ben Ali und Mubarak, vom Volk verjagt werden durften. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Wandlungsprozess auch autochthone Kräfte: Das ägyptische Militär kontrolliert rd. 40% der Ökonomie und es erhält jährlich eine Militärhilfe in Höhe von rd. 1,3 Mrd. US-\$.¹² Ziel des Wandels war es daher, durch ein Mehr an politischem Pluralismus und Pressefreiheit ein Ventil zu öffnen. Ein unkontrollierter Wandel wäre gerade in Ägypten wegen der strategischen Bedeutung des Suezkanals und der Nähe des Landes zu Israel nicht akzeptabel. Offenkundig aber ist inzwischen, und hierauf wird zurück zu kommen sein, dass der Machtübernahme islamistischer Kräfte im ganzen Raum von Marokko über Ägypten bis möglicherweise Syrien ein hohes

⁹ FAZ, 15. Febr. 2011.

¹⁰ http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss_viewer/national_security_strategy.pdf [12-06-10].

¹¹ <http://www.libertarianrepublican.net/2011/02/sami-enan-to-take-over-for-mubarak.html> [19-02-11].

¹² <http://www.telegraph.co.uk/finance/financetopics/8290133/Most-US-aid-to-Egypt-goes-to-military.html> [04-04-12].

Maß an Toleranz entgegengebracht wird. Nicht zufällig wird diesen bisher als so gefährlich bezeichneten Kräften nun flugs das Etikett „gemäßigt“ verliehen.

2. Der Krieg in Libyen: Eine politische Wende?

Von Beginn an unterschied sich die libysche Revolte von den Aufständen in Tunesien und Ägypten: Für den 16. Februar 2011 hatten Oppositionelle zu einem „Tag des Zorns“ aufgerufen. Die Demonstranten schwenkten nicht die Nationalfahne, sondern die rot-schwarz-grüne Flagge mit Halbmond und Stern des von Qadhafi abgesetzten Königs Idriss I., Oberhaupt der konservativen islamischen Senussiya-Bruderschaft. Der britische Imperialismus hatte Idriss 1951 auf den Thron des nach Ende des italienischen Kolonialismus geschaffenen Libyen gesetzt. Schon am zweiten Tag nach den ersten Demonstrationen griffen Teilnehmer Polizeistationen und Kasernen an und bewaffneten sich. Die Revolte vollzog sich in einer Stammesgesellschaft, die nie zu einem Nationalbewusstsein gefunden hatte: Qadhafis Putsch gegen Idriss am 1. September 1969 war auch die Machtübernahme der tripolitanischen Stämme über die des Ostteils des Landes gewesen, und in dem Maße, in dem Ghadafis Herrschaft erodierte, stützte er sich immer mehr auf die Stämme im Westen, die Verteilung der Einnahmen aus der Öl- und Gasrente wurde immer ungerechter. So wurden Benghazi und die Stämme des Ostens zum Träger des Aufstands.

Schon am 10. März 2011 anerkannte Frankreich, diesmal plötzlich an der Spitze des Umsturzes, den in Benghazi gebildeten „Nationalen Übergangsrat“ als „legitime Vertreterin des libyschen Volkes“ – obwohl nicht einmal die Hälfte seiner Mitglieder bekannt war, Präsident Nicolas Sarkozy entsandte einen Botschafter und schlug eine militärische Intervention vor.¹³ Am gleichen Tage versuchte er, das Thema auf die Tagesordnung des Treffens der Verteidigungsminister der NATO in Brüssel zu setzen. Die NATO allerdings widersetzte sich einer Intervention, da ein Mandat des UN-Sicherheitsrats ebenso fehle wie „das Einverständnis der Nachbarstaaten“. Am 12. März, nur zwei Tage später, wurde dieses Einverständnis nachgereicht: Die Liga der Arabischen Staaten beschloss, „den Sicherheitsrat zu veranlassen, seine

¹³ <http://www.tagesschau.de/ausland/libyen548.html> [10-03-11].

Verantwortung wahrzunehmen, indem er ein Flugverbot über den libyschen Luftraum verhängt, um die libysche Bevölkerung zu schützen.“¹⁴ Algerien, Mauretanien und Syrien stimmten gegen diese Resolution, Libyen war von den Beratungen ausgeschlossen worden. Auf der Grundlage dieser Resolution beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 17. März 2011 die Resolution 1973, die die Einrichtung einer Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung verfügte. Die Haltung der USA war bis zum Vortag nicht klar gewesen, wandte sich doch vor allem Verteidigungsminister Gates massiv gegen jede Art militärischer Intervention, da sie zwangsläufig zu Angriffen gegen libysche Militäreinrichtungen und so zu einem veritablen Krieg führen müsse.¹⁵

Seit ihrer Gründung am 22. März 1945 hatte sich die Arabische Liga durch ihre Inaktivität, ja Unfähigkeit ausgezeichnet, Konflikte innerhalb dieses regionalen Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit zu lösen. Hauptgrund dafür war die Unvereinbarkeit der politischen Systeme, bestand die Liga doch einerseits aus reaktionären Monarchien mit religiös fundierter Legitimation, andererseits aus republikanischen Staaten, die sich teilweise auf sozialistische Prinzipien beriefen, teils aber auch aus bürgerlich-republikanischen wie mehr oder weniger konstitutionellen monarchischen Systemen. Sie alle pflegten während des Kalten Krieges Allianzen mit der einen oder anderen Supermacht. Qadhafis unkonventioneller Politikstil, seine Besessenheit von Einigungsbestrebungen mit den Nachbarstaaten, sein politisches System, das offiziell auf den Volkskomitees basierte, die von ihm durchgesetzten Frauenrechte machten Libyen zu einer Provokation für die reaktionären Despoten der arabischen Halbinsel. Endlich schienen sie eine Handhabe zu finden, um sich des libyschen „Führers“ zu entledigen. Und Frankreich eilte ihnen zur Hilfe, „um einem Volk in Todesgefahr zu Hilfe zu kommen ... im Namen des Weltgewissens.“¹⁶

In Wirklichkeit verfolgte Frankreich klare Interessen: Qadhafis hatte es in den letzten Jahren zusammen mit Südafrika verstanden, die Afrikanische Union zu einem

¹⁴ ¹⁴ <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-17-2011/march/options-in-libya-after-un-vote/> [05-03-12].

¹⁵ http://www.huffingtonpost.com/2011/03/12/arab-league-asks-un-for-libya-no-fly-zone_n_834975.html [05-03-12].

¹⁶ Libération, 24. August 2011.

wichtigen internationalen Akteur zu machen.¹⁷ Das wachsende Selbstbewusstsein der Afrikaner gefährdete direkt das zutiefst korrupte neo-koloniale System der *Françafrique*.¹⁸ Bereits am 3. April unterzeichnete es ein Abkommen mit dem Nationalen Übergangsrat, demzufolge Frankreich hinfort zu Vorzugspreisen 35% des in Libyen geförderten Öls erhalten sollte.¹⁹ Nachdem die Resolution 1973 des Sicherheitsrates angenommen war, unternahmen die westlichen Staaten ebenso wie der Generalsekretär der UN alles, um eine Deeskalation des Konflikts zu verhindern: Obwohl die libysche Führung die Resolution akzeptiert hatte und Beobachter der UN zwecks Überwachung der Einhaltung des Waffenstillstands durch die libysche Armee eingeladen hatte, erklärte Ban Ki Moon in klarer Verletzung des Resolutionstextes, „Ghaddhafi hat seine Legitimität verloren. Er kann nicht an der Macht in Libyen bleiben. Was auch immer geschieht: Er muss verschwinden.“²⁰ So begann der Krieg am 19. März 2011 mit einem französischen Angriff auf eine libysche Panzerkolonne in Benghazi, britische und französische Kriegsschiffe beschossen Ziele an Land mit Raketen. Bereits dieser erste Angriff hatte also nichts zu tun mit der Einrichtung einer „Flugverbotszone“. Die Resolution 1973 wurde von der „Koalition der Willigen“ vom ersten Augenblick an zur Makulatur gemacht.

Richtig ist, dass die USA sich vom ersten Tag des Krieges an beteiligten, jedoch hielten sie sich bei den Kampfhandlungen zurück und beschränkten sich auf die Beschaffung und Analyse von Nachrichten, das Nachtanken der Flugzeuge der Koalitionäre, die elektronische Störung der elektronischen Systeme der Gegenseite.²¹ Gleich nach Beginn der Kampfhandlungen unternahmen sie große Anstrengungen, um die NATO zur Übernahme der Kriegführung zu bewegen. Doch erst am 31. März übernahm die NATO das Kommando, denn sowohl die Türkei wie zahlreiche andere Mitgliedsstaaten widersetzten sich anfänglich der Intervention. Der Führungsmacht gelang es nicht, das Bündnis geeint in den Krieg zu führen:

¹⁷ Tull, Denis M./Lacher Wolfram: Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, März 2012.

¹⁸ Einen guten Einstieg hierzu liefert in deutscher Sprache Schmid, Bernhard: Frankreich in Afrika, Münster 2011.

¹⁹ Libération, 24. August 2011

²⁰ The Sidney Morning Herald, 20-03-11: <http://news.smh.com.au/breaking-news-world/gaddafi-has-lost-all-legitimacy-un-20110320-1c1q6.html> [01-03-12].

²¹ Daalder, Ivo H./Stavridis, James G.: NATO's Victory in Libya. The Right Way to Run an Intervention. In: Foreign Affairs Vol. 91, No. 2, S. 2 – 7, hier S. 3.

Schließlich nahmen exakt 14 der 28 Mitgliedstaaten aktiv an der Koalition teil.²²

Außerhalb der NATO nahmen an der Koalition der Willigen noch Jordanien, Qatar, Schweden und die Vereinigten Arabischen Emirate teil.

3. Der Krieg in Syrien.

Auch dieses Land wurde von der Protestwelle erfasst. Am 18. März 2011 fanden in der Stadt Daraa Demonstrationen statt, die Staatsmacht reagierte brutal, ein Kind wurde offensichtlich zu Tode gefoltert. Die Demonstrationen weiteten sich auf weitere Teile des Landes aus. Die Regierung reagierte mit brutaler Gewalt und ließ mit scharfer Munition auf die Demonstranten schießen, was die Lage jedoch weiter eskalierte. Zeitgleich mit dieser brutalen Repression versuchte das Regime, die Aufstände durch politische Reformen zu beenden: Die amtierende Regierung trat zurück, der seit 1963 geltende Ausnahmezustand wurde aufgehoben, drei aufeinander folgende Amnestien wurden erlassen, aufgrund derer viele politische Gefangene frei kamen.²³ Die Bildung politischer Parteien sollte erlaubt werden, und eine neue Verfassung wurde ausgearbeitet, in der die bisher festgeschriebene Führungsrolle der Baath-Partei gestrichen wurde. Die Verfassung wurde am 12. Februar 2012 per Referendum angenommen.²⁴ Diese Maßnahmen kamen aber offensichtlich zu spät. Die Demonstrationen und die Repression gingen unvermindert weiter.

Vor allem im Ausland organisierte sich die Opposition: Vom 16. bis 18. Dezember hielt der Syrische Nationalkongress (SNC) seine Gründungsversammlung im Nobel-Vorort Gammarth in der Nähe von Tunis ab, nachdem bereits am 23. August auf einer Versammlung Oppositioneller in der Türkei die Bildung eines Übergansrats diskutiert worden war. Als erste Regierung erkannte der libysche Nationale Übergansrat den SNC als legitime Vertreterin des syrischen Volkes an.²⁵ Der SNC schlug dann seinen Sitz in der Türkei auf. Auf einer weiteren Konferenz in Tunis Ende Februar, an der auch Hillary Clinton und rd. 60 weitere Regierungen

²² Dies waren: Belgien, Bulgarien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Norwegen, Rumänien, Spanien, die Türkei Großbritannien und die USA.

²³ Kooperation für den Frieden (Hg.): Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand und Bürgerkrieg o. J. (2012). <http://www.koop-frieden.de/dokumente/dossier5.pdf> [30-09-12].

²⁴ Ebenda.

²⁵ <http://www.tunisia-live.net/2011/12/16/syrian-national-council-holds-first-congress-in-tunis/> [30-09-12].

teilnahmen, wurde der SNC von der Arabischen Liga als legitimer Vertreter des syrischen Volkes anerkannt.²⁶ Eröffnet wurde die Konferenz vom tunesischen Staatspräsidenten Moncef Marzouki. Damit zeigte sich, wie im Falle des Krieges gegen Libyen eine ähnliche Koalition aus westlichen und konservativen arabischen Staaten, Die von der AKP regierte Türkei und Tunesien, wo die islamistische *en-nahda* die Politik bestimmt, aber auch das „neue“ Libyen spielten eine Vorreiterrolle bei der internationalen Aufwertung des SNC. Dessen Mitglieder sind in ihrer überwiegenden Zahl Muslimbrüder oder ihnen nahe stehende Personen. Deshalb haben linke und säkulare Kräfte sich dem SNC nicht angeschlossen, sondern gründeten ihrerseits das „Nationale Koordinations-Komitee für Demokratischen Wandel. Entsprechend unterschiedlich sind die politischen Positionen und Forderungen: Während der SNC eine vom Westen getragene militärische Intervention nach libyschem Beispiel fordert, widersetzen sich die lokalen Widerstands-Komitees im Lande und das Nationale Koordinations-Komitee jeder ausländischen Einmischung. Dies war auch der Grund, weshalb diese Gruppierung die Teilnahme an der Konferenz in Tunis ablehnte.²⁷

Der Vermittlungsversuch des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan scheiterte ebenfalls: Das Regime versprach zwar, den vorgeschlagenen Waffenstillstand zu befolgen, ließ aber weiter die Waffen sprechen. Die Gegenseite, also SNC und die Freie Syrische Armee (FSA) verlangten, dass die Regierung als erste die Waffen niederlege, selbst dann jedoch waren sie nicht bereit zu irgendwelchen Verhandlungen mit Assads Regime.²⁸ Das Scheitern der Mission ist jedoch auch der Tatsache geschuldet, dass die USA die Beteiligung des mit dem Assad-Regime verbündeten Nachbarlandes Iran an einer Verhandlungslösung blockierten. Annans Begründung für den Rücktritt von der Mission, er habe nicht genügend Unterstützung erhalten, ist daher völlig korrekt. Mit rd. 300 Militärbeobachtern war die Mission für ihre Aufgabe (absichtsvoll?) unzureichend ausgestattet worden.

Der UN-Sicherheitsrat bleibt blockiert: Einerseits weigerten sich Russland und China jeder Art von Resolution zuzustimmen, die ein militärisches Eingreifen gestattet hätte:

²⁶ http://news.xinhuanet.com/english/world/2012-02/25/c_131430473.htm [30-09-12].

²⁷ <http://syrianncb.org/2012/02/24/a-statement-from-the-delegation-of-the-national-coordination-body-to-the-friends-of-syria-conference-in-tunisia/> [30-09-12].

²⁸ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-08/Annan-Syrien-Mission> [30-09-12].

Eine massive Intervention, wie sie sich aufgrund der Libyen-Resolution 1973, bei der sich beiden Staaten der Stimme enthalten hatten und damit die Resolution passieren ließen, sollte es nie wieder geben. Andererseits unterstützen vor allem Frankreich und Großbritannien, aber auch die USA konsequent den SNC, der schon sehr früh mit Geld, Waffen und Kämpfern von Saudi-Arabien und Qatar unterstützt wurde. Diese Konstellation machte eine Vermittlung, die diesen Namen verdient hätte, von Anfang an schier unmöglich. Annans Nachfolger, der UN-Diplomat und frühere algerische Außenminister Lakhdar Brahimi hat schon bei Amtsantritt erklärt, dass unter den gegebenen Bedingungen seine Mission keine Aussicht auf Erfolg haben würde.

Eine besondere Rolle spielt in dem Konflikt die so genannte Freie Syrische Armee (FSA), die sicherlich zu Teilen aus desertierten Soldaten besteht. Der Begriff suggeriert eine geeinte, hierarchisch strukturierte militärische Kraft. Dies ist mitnichten der Fall: Unter diesem Etikett versammeln sich die unterschiedlichsten Gruppen, die sich z. T. gegenseitig bekämpfen. Besonders stechen dabei hervor zahlreiche islamistisch-djihadistische Milizen, die oft mit *al qaeda* verbündet sind, aber auch Einheiten, die zu *al qaeda* selbst gehören.²⁹ Allein aus Libyen sollen 3.000 kampferprobte „Afghanen“³⁰ nach Syrien geschleust worden sein. Diese Gruppen werden vor allem über die Türkei massiv auch von der CIA unterstützt. Das scheinbare Paradox, dass die USA (wieder) *al qaeda* zu ihrem Bündnispartner machen, erklärt Ed Husain vom (US-amerikanischen) *Council on Foreign Relations*:

„Die syrischen Rebellen wären heute ohne Al-Qaeda in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv. (...) Al-Qaedas Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom der Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten, und am wichtigsten, tödliche Resultate, mit sich. Kurz gesagt, die FSA braucht Al-Qaeda jetzt.“³¹

²⁹ S. hierzu den ausführlichen und hervorragend recherchierten Artikel von Sebastian Range in: Die Welt, 13. August 2012: <http://www.hintergrund.de/201208132194/politik/welt/syrien-schlachtfeld-international-agierender-dschihadisten.html> [15-08-12].

³⁰ So werden in der arabischen Welt die Freiwilligen genannt, die zum Krieg gegen die Sowjetunion, dann gegen USA und NATO nach Afghanistan gegangen sind. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 2012 spricht von „mindestens 3.000 libyschen Kämpfern“.

³¹ Zit. n. „Die Welt“ a. a. O.

In der Tat: Den djihadistischen Gruppen war seit Beginn des Konflikts die Unterstützung durch Saudi-Arabien und Qatar sicher.³² Assads wiederholte Verweise auf ausländische Terroristen ist daher durchaus nicht falsch. Wie in der Vorbereitung und medialen Begleitung des Krieges in Libyen spielt auch hier der Sender *al jazeera* (sekundiert von dem saudischen Sender *al arabiya*) eine zentrale Rolle: So sollen Reporter des Senders massenhaft Mobiltelefone an syrische Jugendliche verteilen mit der Aufforderung, gefilmte Gewalttaten an den Sender zu übermitteln – die Zuordnung von Tätern und Opfern übernimmt dann die Redaktion. Die skandalösen Praktiken von Manipulation und Zensur machten Ali Haschem, Chefreporter für Nahost des Senders, und Ghassan ben Jeddo, Leiter von *al jazeera* im Libanon deutlich: Hashem hatte im Mai 2011 eine große Gruppe von Kämpfern gefilmt, die mit schweren Waffen die libanesisch-syrische Grenze überschritten. Der sensationelle Film wurde – neben anderen ähnlichen Dokumentationen – nie gezeigt. Aus Protest verließen die beiden Journalisten den Sender.³³

Der Krieg in Syrien hat eine internationale Dimension, die aus seiner geostrategischen Lage und aus dem säkularen Charakter des Regimes resultiert. Die Entwicklung des Konflikts tangiert die Interessen einer Vielzahl von Staaten:

- Assads Syrien wurde zwar vom Westen mehrfach genutzt als Folterort für entführte Terrorismus-Verdächtige und als Partner im Krieg gegen Saddam Hussein. Auch wurden ab 2005 erste marktwirtschaftliche Reformen eingeleitet, die u. A. zur weiteren Verarmung gerade der ländlichen Bevölkerung erheblich beitrugen. Aber: Syrien versuchte stess eine eigenständige Politik zu machen und gilt – zumindest politisch – als Hauptgegner Israels.
- Syrien ist von höchster geo-strategischer Bedeutung für die von der EU geplante Pipeline Nabucco, über die Öl und Gas aus dem Kaspischen Becken und aus Iran in die nach Wien und Prag führende Leitung eingespeist werden soll. Diese geplante Pipeline steht in scharfer Konkurrenz zu dem russischen

³² Vgl. Guillard, Joachim: Syrien – der gefährliche Mythos eine „friedlichen Revolution“ <http://jghd.twoday.net/STORIES/syrien-der-gefaehrliche-mythos-einer-friedlichen-revolution/> [06-06-12]. Ebenso: Die Welt a. a. O.

³³ Jay, Paul: Was ist los mit Al Jazeera? In: Inamo Nr. 70, Sommer 2012, S. 43 – 46.

Pipeline-Projekt Southstream, das, weitgehend über russisches Territorium und durch das Schwarze Meer geführt, die gleiche Zielländer bedienen soll.³⁴

- An diesem Projekt unmittelbar interessiert ist auch Qatar, dessen geschätzte Erdgasreserven zwischen Platz eins und drei der weltweiten Vorkommen angesiedelt werden: Das Emirat hatte 2009 vorgeschlagen, eine Pipeline über Syrien in die Türkei zu bauen, um sie an das o. a. Netz anzuschließen.
- Syrien ist enger Verbündeter des Iran. Der Fall Assads würde den Iran entscheidend schwächen, auch die libanesische Hizbullah verlöre einen wichtigen Unterstützer. Der Sturz des Assad-Regimes wäre, so die meisten Analysten, von Vorteil vor allem für Israel. Andererseits zeigt die israelische Politik eine merkwürdige Ambivalenz, denn der Diktator in Damaskus war berechenbar und keine Grenze Israels war sicherer als die israelisch-syrische.
- Die Destabilisierung Syriens und der sich als immer wahrscheinlicher abzeichnende Zerfall des syrischen Staates hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Fortexistenz des in prekärer Multi-Konfessionalität existierenden Libanon. Der Zerfall beider Staaten und ihr Abrutschen in Bürgerkriege hätten weitreichende Auswirkungen auf die ganze Region.
- Der syrische Hafen Tartous ist der einzige Kriegshafen, den die russische Flotte außerhalb des ehemaligen Sowjetraums noch anlaufen kann. Dies ist sicherlich einer der Gründe für die bisherige Unterstützung des Regimes durch den Kreml. Jenseits des Hafens von Tartous hat Russland weitreichende Interessen nicht nur in Syrien, sondern mittelbar auch in der gesamten Region:³⁵ Gemeinsam mit dem Iran grenzt es ans Kaspische Meer und dessen energetische Ressourcen. Gemeinsam ist Russland und dem Iran die Furcht vor irredentistischen Bewegungen im Kaukasus und vor der Ausbreitung sunnitisch-djihadistischer Bewegungen, die von Saudi-Arabien und Qatar gefördert werden. Daher liegt der Sturz Assads und die damit einhergehende Schwächung des Irans nicht in russischem Interesse.
- Die Türkei hat sich offenkundig bedingungslos auf die Seite des Westens und der Staaten des Golf-Kooperationsrats geschlagen. Daraus ergeben sich

³⁴ Ruf, Werner: Afghanistan im Fadenkreuz der Geostrategie; in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 176 (Heft 1/2010), S. 32 – 37.

³⁵ S. die hervorragende Analyse des der NATO nahe stehenden *International Institute for Strategic Studies*, London: Russia's syrian stance: principled interest. IISS Strategic Comment, Vo. 18, Comment 31, September 2012. <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-18-2012/september/island-dispute-stirs-sino-japanese-tensions/> [30-09-12].

jedoch für die Türkei zentrale, wenn nicht existenzielle Probleme: Als Folge der Zerschlagung des Irak ist im Norden eine autonome Zone unter kurdischer Verwaltung entstanden. Im Zuge des syrischen Bürgerkriegs haben die von kurdischer Mehrheit bewohnten Gebiete Syriens sich einen Autonomie-Status geschaffen, in dem die kurdische PYD, die enge Beziehungen zur PKK unterhält, zur bestimmenden und die Verwaltung tragenden Macht geworden ist. Assad lässt die Kurden gewähren – vielleicht als Antwort auf das Engagement der Türkei auf Seiten der Regime-Gegner. Die sich verstärkenden militärischen Aktivitäten der PKK in der Türkei deuten darauf hin, dass hier ein neuer schwerwiegender Krisenherd erwächst: Weshalb sollten die Kurden in Irak und Syrien eine Autonomie genießen, in der Türkei dagegen nicht?

- Ein weiteres Problem erwächst aus der wachsenden religiösen Dimension der Konflikte: Die alevitische Minderheit (i. e. die konfessionelle Ausrichtung der auch das Regime Assads angehört) fühlt sich zunehmend von der sunnitischen Mehrheit des islamistischen Regierungschefs Erdogan unterdrückt und verfolgt. Die wachsende Angst der Aleviten, derselben Variante des Islam, aus der auch die Familie Assads stammt, vor der sunnitischen AKP und ihrer Allianz mit den saudischen Wahabiten könnte mittelfristig zu einer weiteren Gefahr für die Stabilität des türkischen Staates werden.³⁶
- Die Interessen des Westens erscheinen auf den ersten Blick weniger eindeutig. Da ist sicherlich die inzwischen fast zur internationalen Hysterie gesteigerte Angst vor der iranischen Bombe und das immer wieder beschworene Sicherheitsbedürfnis Israels, dem aber besser gedient wäre mit einer von Friedensforschern immer wieder vorgeschlagenen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten: Vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Staaten der Region, der Abschluss eines Nicht-Angriffs-Pakts, eine Kontrollregime über die vorhandenen Massenvernichtungswaffen in der Region – die dann allerdings auch die israelischen Atomwaffen thematisieren müsste. Entscheidend für den Westen dürfte aber auch und gerade die Kontrolle der Transportwege für Öl und Gas sein: Die iranische Regierung versucht zwar,

³⁶ Martens, Michael: Wo die wilden Gerüchte blühen. In FAZ, 27.09.12, S. 3.

den Export nach China und Indien zu intensivieren, die aber (vor allem für Gas) schwierig ist, stellen doch das prowestliche Pakistan und Afghanistan, wo auch nach dem offiziellen Rückzug der NATO – wie im Irak – weiterhin westliche Truppen und private Kriegsführungsfirmen weiter stationiert bleiben dürften, einen geographischen Sperrriegel dar.³⁷ Insbesondere Nabucco dürfte nur durch die Zufuhr iranischen Erdöls und Erdgases rentabel werden und seinen bereits bestehenden Rückstand gegenüber der russischen Southstream wettmachen können. Ein durch den Verlust Syriens geschwächter Iran müsste dann – nicht nur im „Atomstreit“ konzessionsbereiter werden.

Im Konflikt in Syrien steht viel auf dem Spiel: Der Sturz des Assad-Regimes würde (außer Algerien) den Sturz des letzten säkularen multikonfessionellen und multiethnischen Systems in der Region bedeuten. Die Mobilisierung eines aggressiven sunnitisch-wahabitischen Islams, wie dies bereits in Tunesien,³⁸ Libyen und Ägypten³⁹ zu beobachten ist, könnte zu endlosen und in ihrer Vielschichtigkeit kaum kontrollierbaren Konflikten in der Region führen.

Auch die Türkei scheint auf die sunnitische Karte zu setzen – und verschärft damit die Spannungen zwischen der eigenen sunnitischen und alevitischen Bevölkerung. Auch der von Erdogan vage angekündigte Friedenskurs gegenüber den Kurden dürfte von deren wichtigster Kraft, der konsequent säkularen PKK, nicht goutiert werden. Inwieweit die türkische AKP glaubt, durch ihre Politik neo-osmanische Träume verwirklichen zu können und das Land zu einer neuen Großmachtstellung zu verhelfen, wie sie einst das Osmanische Reich innehatte, muss dahingestellt bleiben.⁴⁰

Somit kann festgestellt werden, dass der Konflikt in Syrien mittlerweile eine Dimension erreicht hat, die die staatliche Ordnung der ganzen Region infrage zu stellen droht. Diese Feststellung gilt umso mehr, betrachtet man den Grad ausländischer Einmischung in den Konflikt, deren Akteure zwar geeint scheinen in

³⁷ Ruf: Afghanistan im Fadenkreuz ... a. a. O.

³⁸ Ruf, Werner: Tunesien auf dem Weg zum islamischen Staat? In: Ossietzky, im Druck.

³⁹ Bickel, Markus: Gerücht genügt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Oktober 2012, S. 3.

⁴⁰ Cakir, Murat: Neo-Osmanische Träume. Über das Werden einer Regionalmacht. Reihe Papers, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin o. J. (2011).

ihrem Ziel, das System Assad (und die Herrschaft der Baath-Partei) zu beseitigen. Ihre jeweiligen Ziele aber sind zu heterogen, jene Konflikte zu beseitigen, die durch den Sturz des Regimes in Damaskus ausgelöst werden. Vielmehr: Der Konflikt und die unterschiedlichen, ja teilweise konträren Interessen der Akteure könnten dazu führen, dass jene – ungerechte – „Friedensordnung“, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im Pariser Vorort Sèvres geschaffen wurde, knapp einhundert Jahre später zur Disposition gestellt wird. Es scheint wie eine Fatalität: Die westlichen Intervention hinterlassen – von Somalia (1993) über Afghanistan, Irak, Libyen bis Syrien – eine Kette von zerfallenen Staaten.

4. Der Golf-Kooperationsrat: Neuer Ordnungsfaktor?

Es ist erschreckend, wie die Mediatisierung von Konflikten wirksam genutzt werden kann, um moralische Akzeptanz für militärische Interventionen zu erzeugen. Und dies gilt schon längst nicht mehr nur für die westlichen Medien: Bei der Vorbereitung des Krieges gegen Libyen spielte der qatarische TV-Sender *al Jazeera* mit seinem arabisch- und englisch-sprachigen Programm eine zentrale Rolle – wie zuvor schon in Tunesien und Ägypten. Seine Reportagen wurden oft ohne jede Überprüfung von den westlichen Sendern übernommen. Es war *al Jazeera*, der die Behauptung von Massakern durch die Armee Qadhafis ebenso verbreitete wie die Information, dieser habe seine Truppen mit Potenzmitteln versorgt, um Massenvergewaltigungen durchführen zu lassen. Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Moreno Ocampo, zögerte nicht, diese Behauptungen ungeprüft als Anklagepunkte in seinen internationalen Haftbefehl gegen Qadhafi und seiner Familienmitglieder zu übernehmen.⁴¹ Die Anschuldigungen betreffend die Potenzmittel sind inzwischen durch einen Untersuchungsbericht von *amnesty international* widerlegt.⁴²

Der Pulverdampf des Krieges in Libyen diente zugleich dazu, die Verbrechen zu verdecken, die Saudi-Arabien und die Staaten des Golf-Kooperationsrates in Bahrein begingen, als sie die dortige Protestbewegung brutal niederschlugen. Jenseits des

⁴¹ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,770808,00.html> [28-06-11]. Auch : <http://www.ndtv.com/article/world/prosecutor-says-gaddafi-ordered-mass-rape-111156> [05-03-12].

⁴² <http://www.independent.co.uk/news/world/africa/amnesty-questions-claim-that-gaddafi-ordered-rape-as-weapon-of-war-2302037.html> [05-03-12].

Ziels, jeden Protest und vor allem jede Demokratie-Bewegung in der arabischen Golfregion zu verhindern, galt dies auch als Warnung an die schiitischen Bevölkerungsteile Saudi-Arabiens selbst,⁴³ die vor allem die Ölförderungsgebiete besiedeln. Dort hatte es seit 2009 mehrere Aufstände gegeben, die gleichfalls brutal unterdrückt wurden. Die Diskriminierung dieser seit Jahrhunderten ansässigen, aber aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit unterprivilegierten Bevölkerungsanteile wurde von offizieller Seite mit iranischer Agitation in Verbindung gebracht und erhielt so eine explosive internationale Dimension: Die Staaten des Golf-Kooperationsrates präsentieren sich damit als (letzte) verlässliche Verbündete der USA ... und Israels.

Mit Erfolg hatte Saudi-Arabien diese Rolle bereits im Jemen gespielt, wo es die Kämpfe um Sturz und Nachfolge des Diktators Saleh erfolgreich unter Kontrolle hielt.: Nach den Wahlgewinnen der Islamisten in Marokko, Tunesien und Ägypten, stellt – nach Libyen – der Sturz Assads ein altes und wichtiges Ziel dar: Dabei geht es nicht – erinnern wir uns an die Propaganda gegen Qaddhafi, der so lange ein verlässlicher Freund des Westens war – um Menschenrechte oder die Beseitigung eines Diktators, der „sein eigenes Volk erschießt“, sondern um Interessen. Diese dürften im Westen nach wie vor imperialistischer Natur, sprich vor allem auf die Sicherheit der Energieversorgung gerichtet sein. In der post-hegemonialen Ära, die durch den Abstieg der USA gekennzeichnet ist,⁴⁴ ordnet sich auch das Feld der Regionalmächte neu. „Arabellion“ und die weitere Entwicklung zeigen, dass die Staaten des Golf-Kooperationsrats, angeführt von Saudi-Arabien und Qatar, im Begriff sind, sich als neue Regionalmächte aufzubauen. Dies gelingt ihnen umso besser als die stupide Politik der USA dazu geführt hat, dass der klassische Gegenpol zu Iran, der Irak, aus dem Konzert der Großmächte ausgeschaltet wurde.

Saudis und Qataris spielen dabei geschickt die anti-iranische Karte: Dies passt derzeit nicht nur ins Konzept des Westens und Israels, es hat auch hohe innenpolitische Relevanz: Die Schiiten in den Golfstaaten, meist Minderheit wie in Saudi-Arabien, oft auch Bevölkerungsmehrheit wie in Bahrein, werden als Fünfte Kolonne des Iran stigmatisiert. Damit wird nicht nur ihre weitere soziale Diskriminierung gerechtfertigt,

⁴³ Steinberg, Guido: Ein Koloss auf tönernen Füßen. http://de.qantara.de/wcsite.php?wc_c=3000 [05-03-12].

⁴⁴ Von ernüchternder Klarheit hierzu ist: Brzezinski, Zbigniew: Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power. New York 2012.

diese Stigmatisierung dient zugleich der Rechtfertigung gegenüber dem Westen, um Unterstützung für die despotischen Regime der Arabischen Halbinsel zu mobilisieren. Sie dienen innenpolitisch aber auch der Mobilisierung von Unterstützung für die reaktionärste Variante des Islam, die die Basis der Herrscherhäuser ist. Die Beschimpfung der Schiiten als „Ungläubige“ stachelt jenen Hass an, der zur Herrschaftsstabilisierung ebenso gebraucht wird wie zur Ablenkung von den – zumindest in Saudi-Arabien – wachsenden sozialen Spannungen. Da stört allein schon die Existenz säkularer Staaten: Entweder werden die neuen, aus der „Arabellion“ hervorgegangenen Regime im Sinne des „wahren Glaubens“ islamisiert,⁴⁵ oder die noch bestehenden wie Libyen und Syrien werden mit Gewalt beseitigt.

Fassen wir zusammen: Die USA sind offensichtlich nicht mehr in der Lage oder willens, alleine die Interessen des Westens in diesem Raum militärisch zu sichern. Als neue Statthalter bieten sich Saudi-Arabien und die Staaten des GCC an, die durch eine Islamisierung der Region auch ihre eigenen Herrschaftssysteme abzusichern versuchen. Syrien und die säkularen Regime waren stets auch ein politische Herausforderung für die Despoten am Golf. Mit einem Sturz Assads wird durch den Verlust seines einzigen Verbündeten auch die Position Teherans geschwächt, das sich immer unverhohleneren Kriegsdrohungen Israels ausgesetzt sieht. In grotesker Weise gelingt es Saudi-Arabien, das wie kein anderes Land mit seinem archaisch-islamischen System die Menschenrechte täglich verletzt, sich mit Applaus der westlichen Politik die Spitze der Kämpfer für Freiheit und Demokratie im Nahen Osten zu setzen. Der Golf-Kooperationsrat, dem nun auch Marokko und Jordanien beitreten wollen, und die Arabische Liga unter Führung von Qatar und Saudi-Arabien sind im Begriff, sich mit Unterstützung des Westens zur neuen regionalen Ordnungsmacht aufzubauen: Als Gegengewicht zu Iran und als neue Achse Tel Aviv – Riad. Zugleich bieten sich die Islamisten den westlichen Interessen nicht nur als stabilisierender geo-strategischer Partner an, sie sind auch die einzige Kraft, die kompromisslos für marktwirtschaftliche Prinzipien steht. Die Wahl von Rachid Ghannouchi, dem geistigen Führer der tunesischen *en-nahda*, zu einem „der

⁴⁵ So finanziert Saudi-Arabien in Tunesien unter Wissen und Duldung der regierenden *en-nahda*-Partei

Ausbildungslager für arbeitslose Vorstadt-Jugendliche, die dafür satte „Stipendien“ erhalten, um sie im „wahren Islam“ zu unterrichten.

hundert wichtigsten globalen Denker des Jahres 2011“ durch die US-Zeitschrift *Foreign Affairs*⁴⁶ ist hierfür mehr als ein Indiz.

All dies erscheint als eine äußerst kurzfristige Politik: Nicht nur raubt die Allianz mit den reaktionärsten islamistischen Kräften dem westlichen Gerede vom Schutz der Menschenrechte jede Glaubwürdigkeit, der antiwestlichen Fanatisierung jener Kräfte, die man nun in neue Allianzen einzubinden versucht, kann man nicht Herr werden, indem man sie für kurzfristige Politikziele toleriert oder gar instrumentalisiert. Sicher ist nur: Die fortschreitende Polarisierung der sozialen Verhältnisse dank gnadenloser Durchsetzung neo-liberaler Politik wird gerade diesen Kräften weiteren Zuström verschaffen. Auf die hoffnungsvollen Revolten könnte eine finstere und fanatisierte Eiszeit folgen.

⁴⁶ http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/11/28/the_fp_top_100_global_thinkers?page=0,3 [01-01-12].